

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Armin Blind, Dr. Wolfgang Aigner, Georg Schuster, Leo Kohlbauer, Nemanja Damjanovic, BA, Gerhard Haslinger, Mag. Martin Hobek und Angela Schütz betreffend „Kopftuchverbot für öffentlich Bedienstete mit Parteienverkehr“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 30. Jänner 2020

Das Tragen des Kopftuchs ist ein demonstrativer Ausdruck einer politisch-religiösen Haltung und ein deutliches Symbol der Geschlechtertrennung. Das Kopftuch ist ein Symbol des politischen Islam - in ihm manifestiert sich die Unterdrückung der Frau. Umso erschreckender ist es, dass das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen gang und gäbe ist.

Islamexperten wie auch Frauenrechtler sprechen sich immer häufiger vehement für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst aus. Die Symbolik des Kopftuches gehe weit über eine religiöse Bedeutung hinaus und sei vor allem als politisches Statement zu verstehen.

Es ist völlig unverständlich, dass sich bis heute noch Teile der Wiener Stadtregierung als auch der Bundesregierung - vor allem zugunsten solcher politischer und gesellschaftlicher Anschauungen - gegen ein Kopftuchverbot wehren.

Gerade in einer modernen Gesellschaft, die sich Frauen und Mädchenrechte auf die Fahne geschrieben hat, haben wir sicherzustellen, dass eine die Frau unterdrückende Symbolik im öffentlichen Dienst zumindest in Funktionen mit Parteienverkehr keine Bühne bekommt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g :

Der Wiener Gemeinderat

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 30. JAN. 2020
PGL-100484-2020-KAP/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

1) fordert die Wiener Landesregierung auf, ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst mit Parteienverkehr auszuarbeiten und konsequent umzusetzen.

2) ersucht die Bundesregierung, eine Änderung der dienstrechtlichen Bestimmungen des Bundes auszuarbeiten, um ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst mit Parteienverkehr sicherzustellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

[Handwritten signatures and initials of council members]